

seinen drei Millionen Einwohnern immer mehr zum wirtschaftlichen Schwerpunkt der Republik entwickelt.

So offenkundig mithin die Vorteile einer Fusion von WestLB und Helaba erscheinen – Landesbanken zu verschmelzen ist etwas anderes, als zwei private Banken zusammenzuführen.

Landesbanken sind nicht nur Zentralbanken der Sparkassen, sondern auch Staats- und Kommunalbanken: Neben den zuständigen Sparkassenverbänden müssen noch die am Kapital beteiligten Bundesländer mitmachen; die Helaba gehört zur Hälfte dem Land Hessen, bei der WestLB ist Nordrhein-Westfalen mit 43 Prozent dabei.

Wie schwierig es ist, Anstalten des öffentlichen Rechts selbst innerhalb eines Bundeslandes zusammenzubringen, mußte zuletzt der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth erfahren. Sein Versuch, aus vier Geldhäusern eine große Landesbank zu schmieden, scheiterte. Späth mußte sich mit einer wesentlich kleineren Lösung, dem Zusammenschluß der Landesbank Stuttgart mit der Badischen Kommunalen Landesbank, begnügen.

Die Fusion von WestLB und Helaba ist erst dann wirklich sicher, wenn die notwendigen Gesetzesänderungen von den zuständigen Parlamenten in Düsseldorf und Wiesbaden beschlossen sind. Und das fällt gewiß nicht leicht: Die jeweiligen Landespolitiker müssen sich dazu durchringen, auf ihre Landesbank weniger Einfluß nehmen zu können.

Bislang sieht es so aus, als seien die Regierenden in Wiesbaden und Düsseldorf dazu bereit. Sowohl die hessische CDU/FDP-Koalition als auch die nordrhein-westfälische SPD-Regierung sähen die geplante Fusion nicht ungern.

Die Hessen versprechen sich von der neuen Großbank ein höheres Steueraufkommen und zusätzliche Arbeitsplätze in Frankfurt. Eine Fusion von WestLB und Helaba, so Otto Wilke, FDP-Fraktionsvorsitzender in Wiesbaden, sei „allen anderen Konstellationen eindeutig überlegen“. Die Hessen wären offenbar sogar damit einverstanden, daß die neue Bank den Namen des größeren Partners WestLB trägt; und sie wären mit einem 30-Prozent-Anteil an der neuen Bank zufrieden.

Düsseldorf mußte die wachstumsträchtigsten Bereiche des WestLB-Geschäfts nach Frankfurt abgeben und würde damit die eigene Regionalbörse schwächen. Doch der Sog, der vom Finanzzentrum Frankfurt ausgeht, erscheint ohnedies unwiderstehlich.

NRW-Ministerpräsident Johannes Rau wollte sich am Mittwoch vergangener Woche vor dem Landtag in Düsseldorf zu den Fusionsgesprächen zwischen WestLB und Helaba nicht äußern. Die Zurückhaltung des Regierungschefs ist ein vielversprechendes Zeichen. „Wir haben Angst“, so ein Mitarbeiter der Düsseldorf Staatskanzlei, „daß die Sache zerredet wird.“

WIRTSCHAFTS-KOMMENTAR

Ein glatter Durchgang fürs RWE

Von Wolfgang Kaden

Wenn eine Firma eine andere Firma übernimmt, dann zwingt dies die Aufkäufer gelegentlich zu manch kniffligen Überlegungen, wie sie sich am günstigsten das Geld beschaffen. Sie können sich die Millionen oder Milliarden per Kapitalerhöhung bei den Aktionären besorgen; sie können sich die Mittel bei der Hausbank oder sonstwo auf dem Kapitalmarkt borgen.

Die Manager des Stromunternehmens Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG in Essen mußten, als sie jetzt für zwei Milliarden Mark die Deutsche Texaco AG in ihr Reich holten, auf solche Überlegungen keine Zeit verschwenden. Die Milliarden entnehmen die RWE-Anführer ihren Konten, die Aktionäre und die Banken werden nicht gebraucht.

Ein Ausweis großartiger kaufmännischer Leistung ist dieser Reichtum allerdings nicht. Was da auf den RWE-Konten lagert, ist, streng genommen, anderer Leute Geld. Das Geld der RWE-Stromkunden.

Daß Konzerne ihre Firmenaufkäufe mit eigenen flüssigen Mitteln bezahlen, ist nicht ungewöhnlich. Daimler-Benz, beispielsweise, hatte in dieser Hinsicht nicht die geringste Mühe bei der AEG-Übernahme. Ungewöhnlich, und anstößig, aber ist, wenn dieses Geld nicht im Wettbewerb verdient wurde, wenn ein staatlich garantiertes Monopol das Geld den Bürgern abgenommen hat – ein Monopol zumal, auf dessen Produkt die Bürger angewiesen sind.

Ein Drittel des Stroms in der Bundesrepublik wird vom RWE verkauft. Anders als gemeinhin im Wirtschaftsleben können Stromverbraucher über den Preis, der bezeichnenderweise hier Tarif heißt, nicht verhandeln. Wer den RWE-Preis nicht akzeptiert, dem wird der Strom abgeschaltet.

Konkurrenz gibt es in der Elektrizitätsversorgung nicht, die Stromlieferanten sind Gebietsmonopolisten. Diesen für sie paradiesischen Zustand garantiert ein Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahr 1935, das bis heute Bestand hat. Es wurde seinerzeit von den Nationalsozialisten erlassen, um, wie es mit jeder wün-

schenswerten Deutlichkeit heißt, „volkswirtschaftlich schädliche Auswirkungen des Wettbewerbs“ zu verhindern.

Monopol-Renten müssen, im Ökonomen-Deutsch, mithin die Überschüsse genannt werden, die das RWE einfährt. Mit Gewinnen, die am Markt durch Leistung, Qualität oder Innovation erkämpft werden, hat dieser Geldsegen nichts zu tun: Die Gewinne der Stromriesen kommen den Einnahmen aus einer Sondersteuer auf Elektrizität gleich.

Diese offenkundig in dicken Strömen fließenden Überschüsse haben die RWE-Manager in den letzten Jahrzehnten genutzt, um ein beeindruckendes Imperium zusammenzukaufen. Das RWE-Reich besteht nicht nur aus Stromunternehmen; es besteht aus Firmen wie der Hochtief AG, der Heidelberger Druckmaschinen AG oder der Berchtesgadener Bergbahn AG. Dank hoher Stromtarife haben sich die RWE-Manager in ihrem Machtstreben weit über hundert Beteiligungen und Unterbeteiligungen zugelegt.

Widerstand von den Politikern gegen die öffentlich finanzierte Expansionsstrategie hat es nie gegeben, auch jetzt nicht beim Fall Texaco. „Sympathisch“, so das RWE-Vorstandsmitglied Friedhelm Gieske, hätten die befragten Politiker den Milliarden-Deal gefunden. Nur der niedersächsische FDP-Wirtschaftsminister Walter Hirche wagte zu fragen, ob die Übernahme womöglich mit den vom Staat überwiesenen Millionen aus dem Kohlepfennig bezahlt wurde. Seine Kollegen in Bonn, die ausgewiesenen Marktwirtschaftler Bangemann und Lambsdorff, schwiegen ebenso wie die Freunde einer freien Wirtschaftsordnung in den anderen Parteien.

So läuft das eben, wenn man, wie im Fall des mehrheitlich von den Kommunen kontrollierten RWE, über 2000 Politiker und Spitzenbeamte mit Nebenverdiensten versieht: Das RWE, „eine Mischung aus Allmacht und Filz“, wie der SPD-Politiker Friedhelm Farthmann einmal vermerkte, hat mal wieder seine Schlagkraft bewiesen.

**„Hohe
Stromtarife
für die Macht
der Manager“**